

Empfehlungen des Fachforums Handel und Konsumgüter an politische Entscheidungsträger für die 19. Legislaturperiode

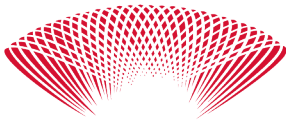
Der Handel, die Konsumgüter- und die FMCG-Industrie begleiten jeden einzelnen Menschen in seinem Alltag. Mehrere hundert Millionen Kunden werden jede Woche über entsprechende Geschäfte, Produkte oder Dienstleistungen erreicht, versorgt oder inspiriert. Verbraucher haben heute die Möglichkeit aus einer Vielzahl von sicheren Produkten und Dienstleistungen auf der Grundlage von markgerechten Preisen zu wählen. Der Handel und die Konsumgüterbranche in Deutschland befinden sich in einem rasanten Wandel. Daher brauchen wir Rahmenbedingungen mit einer spürbaren Entlastung für kleine und mittlere Einkommen, um eine langfristig stabile Kaufkraft in Deutschland zu sichern.

Verbraucher zeitgemäß schützen

- Europäische und nationale Regulierungsmaßnahmen müssen einheitlich umgesetzt werden. Im Interesse des innereuropäischen Wettbewerbs soll deshalb auf jegliche Form des Goldplating verzichtet werden. Regulierungsmaßnahmen, die evidenzbasiert eingeführt werden, setzen Fakten voraus und vermeiden Irreführung. Das muss auch für nachgeordnete Verordnungen gelten.
- Das Ziel moderner Verbraucherpolitik sollte der selbstbewusste erwachsene Verbraucher sein. Das gezielte Herbeiführen politisch gewünschter Handlungen (Nudging) lehnen wir ab. Wir bauen auf den erwachsenen Verbraucher als aufgeklärten und mündigen Kunden, der auch mithilfe der transparenzfördernden digitalen Medien selbstständig und reflektiert über seine Handlungen entscheiden kann. Staatliche Vorgaben oder Einschränkungen zur Warenpräsentation und Warenkommunikation im Einzelhandel sind nicht notwendig und sollten daher unterbleiben.
- Statt einer Unübersichtlichkeit an Labels und zahlreichen Initiativen wünschen wir uns in ausgesuchten Bereichen staatliche Vorgaben. Wir empfehlen die Ausarbeitung einer Reformulierungsstrategie gemeinsam mit Handel und Industrie in Deutschland und ein verpflichtendes Tierwohllabel. Um ein solches Tierwohllabel erfolgreich in der Breite umzusetzen, sollte dieses alle Vertriebswege in der Wertschöpfungskette verbindlich umfassen und über eine Einstiegsstufe verfügen, dessen Kriterien für ein besseres Tierwohl die Landwirtschaft und preissensible Kunden mitnimmt. Folgestufen müssen zusätzliche Tierwohl-Kriterien verlangen. Im Idealfall gehen die zentralen bisherigen Labels (ITW, DTB) inklusive Bio in dem Label auf, sodass ein einziges, breit akzeptiertes Label entsteht und eine Marktsplaltung bzw. ein Nischendarsein des Labels verhindert wird.
- Die Prämisse für die zukünftige Gesetzgebung im Bereich des Verbraucherschutzes sollte es sein, unverhältnismäßige Bürokratie abzuschaffen.

Digitalisierung voranbringen – Wettbewerbsfähigkeit sichern

- Der Schutz personenbezogener Daten ist eine wichtige Aufgabe in einer digitalisierten Gesellschaft. Gleichzeitig sind Daten auch Innovationstreiber. Daher sollte es keine über die



hohen Anforderungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und das europäische Datenschutzniveau hinausgehenden Regelungen durch den deutschen Gesetzgeber geben.

- Um eine internationale Chancengleichheit und Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft zu sichern, muss Deutschland digital konkurrenzfähig sein. Dabei sollen grundlegende Prämissen des stationären Handels ebenso online gelten.
- Derzeit können Marktüberwachungsbehörden nicht rechtssicher alle im Online-Handel angebotenen Produkte überprüfen. So entstehen Lücken im Verbraucherschutz und Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil für europäische Unternehmen. Im Produktsicherheitsrecht sollten daher Fulfillment-Center mit Händlern und Importeuren gleichgestellt und wirksame behördliche Kontrollen in Fulfillment-Centern ermöglicht werden. Außerdem sollte im Interesse eines fairen Wettbewerbs sichergestellt werden, dass ausländische Online-Händler für ihre Umsätze über Online-Plattformen Umsatzsteuer abführen.
- Den flächendeckenden Breitbandausbau mit aller Kraft voranzutreiben, muss eine der dringenden politischen Zukunftsaufgaben sein. Wirtschaftliches Wachstum braucht Breitband-Internet.
- Die digitale Ausbildung in Schule, Universität, Betrieben und Verwaltungen muss gestärkt werden, Medien- und Digitalkompetenzen sind unverzichtbar geworden. Hierfür müssen etwa Berufsschulen angemessen ausgestattet werden.

Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze erhalten

- Politische Maßnahmen haben in der jüngsten Vergangenheit zu einem Anstieg von Bürokratie geführt, die alle Unternehmen und insbesondere den Mittelstand belastet und der für die nationale Wirtschaft einen Nachteil im globalen Wettbewerb und bei der Sicherung von Arbeitsplätzen darstellt.
- Wir empfehlen Nachbesserungen beim Entgeltgleichheitsgesetz, da die Vergleichbarkeit von Löhnen aufgrund langjähriger individueller Werdegänge praktisch schwer umsetzbar ist und das Gesetz die Gefahr von zusätzlichem bürokratischem Aufwand birgt.
- Das geltende Arbeitszeitrecht wird den Anforderungen der modernen Arbeitswelt und dem Flexibilisierungsbedürfnis von Kunden, Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht mehr gerecht. Im Arbeitszeitgesetz sehen die Unternehmen insbesondere bei der zwingend vorgeschriebenen, ununterbrochenen täglichen Ruhezeit von elf Stunden Reformbedarf. Auch die tägliche Höchstarbeitszeit ist für eine flexible Personalplanung häufig hinderlich. Sinnvoll wäre daher eine wöchentliche Höchstarbeitszeit und eine Lockerung der Ruhezeit bei nur geringfügigen Unterbrechungen.
- Dokumentationspflichten für geringfügig Beschäftigte beim Mindestlohn sollten möglichst unbürokratisch ausgestaltet werden.
- Es ist begrüßenswert, wenn Arbeitnehmer aus ihrer Teilzeit in Vollzeit zurückkehren wollen. Hierbei setzen wir auf individuelle Vereinbarungen im Interesse der Arbeitnehmer und Unternehmen, um einvernehmliche Planungssicherheiten zu gewährleisten.
- Um die Tarifbindung zu erhöhen, müssen die notwendigen Handlungsspielräume für die Tarifvertragsparteien gesichert und die Tarifautonomie gestärkt werden.